



Niederschrift

26. Plenarsitzung des Gemeinderates
22. Juni 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

10.

Punkt 8 der Tagesordnung: Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Karlsruhe - Konzept zur Umsetzung der Istanbul-Konvention

Vorlage: 2021/0041

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, nach Vorberatung im Sozialausschuss, die Verwaltung zu beauftragen, die Umsetzung der Istanbul-Konvention in der beschriebenen Form weiter fortzusetzen, die Projektstellenlaufzeit um zwei Jahre zu verlängern und die Unterstützung der bestehenden Hilfs- und Beratungsangebote für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 48 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 8 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Sozialausschuss:

Wir legen ein erstes Ergebnis einer klaren Beauftragung aus dem Gemeinderat vor. Wir zeigen das Vorgehen, den Stand und das geplante Arbeitsergebnis. Gewalt gegen Frauen wirkungsvoll zu bekämpfen, ist das übergeordnete Ziel. Das strategische Ziel bildet sich in einer analysebasierten Entscheidungsgrundlage für die Weiterentwicklung, vor allem der Unterstützungsangebote. Konkretes Ziel wird dann werden, dass es Handlungsempfehlungen geben soll, über die der Gemeinderat auch zukünftig noch entscheidet. Nach unserer Wahrnehmung sind wir eine der ersten Kommunen, die dies so systematisch und auch konsequent angehen. Wir sind auch mit den anderen Kommunen in einem engen Austausch und in die entsprechende Erarbeitung von Leitfäden miteinbezogen. Wir müssen uns aber auch an manches neu herantasten. Es gibt zum Teil wenige Vorbilder in diesem Bereich. Aber wie wichtig das Thema nach wie vor ist, und dass es auch sehr konsequent umgesetzt werden sollte, zeigen, glaube ich, viele Einzelbeispiele, die Sie auch der täglichen Presse entnehmen können. Da tröstet es auch wenig, dass die Situation in anderen Ländern offensichtlich noch viel dramatischer ist.

Gleichzeitig übernehmen wir damit natürlich auch eine gewisse Orientierungsoption, an der man sich aus anderen Städten in Deutschland, aber auch insgesamt orientieren kann. Soweit will ich es mal heute belassen, und jetzt kommen wir in die Debatte.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Schön, dass wir hier in Karlsruhe Vorbild sind. Denn im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt sind wir alle gefragt, die Gesellschaft, die verschiedenen politischen Ebenen, ebenso wie die Privatwirtschaft, die Medien und die Wissenschaft. Denn diese Gewalt hat viele Gesichter, und die Übergriffe finden jeden Tag und in allen Lebensbereichen statt, und zwar unabhängig von Einkommen, unabhängig von der Bildung. Frauen und Mädchen sind leider im besonderen Maß von dieser geschlechtsspezifischen Gewalt betroffen. Teils werden diese Taten aus purem Frauenhass begangen. Die Gewalt im häuslichen und persönlichen Nahbereich wird oft verharmlost, wie Sie es eben schon gesagt haben, sowohl in den Medien, aber leider auch in der Rechtsprechung. Die traurige Wahrheit ist nämlich, dass in Deutschland jede vierte Frau von Partnerschaftsgewalt betroffen ist und an jedem dritten Tag eine Frau von ihrem Partner bzw. von ihrem Ex-Partner getötet wird. Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns hier in Karlsruhe heute mit diesem Thema, mit dieser Istanbul-Konvention befassen und uns dazu bekennen und bekräftigen, dass Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt hier in Karlsruhe keinen Platz haben.

Es ist so wichtig, dass wir die Machtkomponente bei Gewalt im Geschlechterverhältnis betrachten, und dass wir wegkommen von den patriarchalen Mustern, die Männer und Jungen im Laufe ihrer Sozialisation erlernen. Denn genau darum geht es auch bei der Istanbul-Konvention des Europarats. Es geht einerseits um den Schutz vor akuter Gewalt, um Beratung, um Unterstützung bei akuter Gewalt, aber es geht eben andererseits auch um Aufklärung und um Prävention. Es geht darum, dass die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen rund um den Schutz der körperlichen Unversehrtheit nicht ausreichen, Frauen und Mädchen ausreichend vor Gewalt zu schützen oder sie tatsächlich zu schützen.

Wir GRÜNE unterstützen deshalb natürlich die Fortsetzung der Konzeptentwicklung zur Umsetzung, die Ausweitung auf alle Gewaltformen – es ist ein sehr weiter Gewaltbegriff in der Istanbul-Konvention –, und wir unterstützen auch die Verlängerung der Projektstelle. Wir nehmen den Anhang als Zwischenbericht zur Kenntnis und sind gespannt auf die Bewertung und die Handlungsempfehlungen, die daraus folgen, ebenso wie auf die zweite Konzeptphase. Es zeigt sich, dass das Karlsruher Hilfesystem in Hinblick auf die Gewaltformen häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Zwangsprostitution und Menschenhandel auf der einen Seite schon ganz gut aufgestellt ist, aber andererseits wird jetzt schon deutlich, dass auch Defizite und Handlungsbedarf bestehen.

Und jetzt ist die Frage, schaffen wir das noch vor der nächsten Haushaltsberatungen, Ja oder Nein. Das heißt, wir müssten uns dann mit der Verwaltung verständigen, wie wir im Herbst damit umgehen. Es zeichnet sich bereits ab, dass wir beispielsweise eine Koordinierungsstelle brauchen werden in irgendeiner Form. Als weitere Beispiele möchte ich nur die geringe Personalausstattung der Frauenberatungsstellen, die teilweise nicht tarifgerechte Entlohnung oder auch einfach die fehlenden Frauenhausplätze betonen. Ich werde es an dieser Stelle belassen.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Das Thema häusliche Gewalt betrifft in erster Linie überwiegend Frauen. Für uns war immer klar, dass auch Kinder, gerade in der Familie, wenn sie die Gewalt zwischen den Eltern erleben, unmittelbar betroffen sind, vor allem psychische und seelische

Schäden davontragen. In den vergangenen Wochen haben wir gesehen, dass dieses Thema akuter wird. Wir befürchten, dass die Dunkelziffern steigen aufgrund der Corona-Situation, dass die Frauen in den Familien, in denen es zu solchen Eskalationen, zu Gewalt in verschiedensten Formen kommt - das kann physische als eben auch seelischer Gewalt sein, durch die Isolation, in der man sich aufgrund der Pandemie-Auflagen befunden hat -, keine Möglichkeit hatten, zum einen durch die soziale Kontrolle als Opfer erkannt zu werden, aber auch sich an Stellen zu wenden, wo sie Hilfe bekommen können.

Für uns ist daher auch die Fortführung dieses Projekts wichtig, weil wir wissen wollen, wie diese Dunkelziffer ist. Stimmt es, was uns die Träger zuspiegeln, was wir auch in den Medienberichten lesen können, dass die Ziffer gestiegen sei? Wie schaffen wir es auch, dass sich Opfer Hilfe suchen? In Karlsruhe waren wir bisher immer sehr gut aufgestellt, auch weil das Thema durch den Koalitionskreis „Häusliche Gewalt überwinden“ bereits im Jahr 2000 ins Leben gerufen war. Das zeigt natürlich, dass wir uns als Kommune auch vor Inkrafttreten der Istanbul-Konvention, die erst zum 1. Februar 2018 in Deutschland in Kraft getreten sind, schon immer dieses Themas ernsthaft angenommen haben. Wir haben gute Netzwerkpartner durch die verschiedenen Träger der Frauenvereine, der Beratungsstellen, der Polizeibehörden, Ordnungsdienst, der sozialen Dienste und auch der entsprechenden Ämter in der Stadt, was auch von der Gleichstellungsbeauftragten gut koordiniert wurde und auch von der jetzigen, von Frau Meister, gut koordiniert wird. Wir sehen aber auch, und das zeigt uns diese Analyse, wir müssen schauen, wo können wir Doppelstrukturen vermeiden, wo können wir Synergien herstellen, aber vor allem, welche Schutzlücken gibt es zu schließen. Das wird das Ziel sein dieser Analyse und dieses Projekts, das wir in Auftrag gegeben hatten, zu erkennen, wo auch in unserer Stadt nach wie vor Handlungsbedarfe bestehen.

Wir sehen natürlich, dass das Thema „Haushalt“ und „keine zusätzlichen freiwilligen Aufgaben“ in der Vorlage erläutert ist, aber das Projekt ist begonnen. Es ist wichtig. Wir müssen auch schauen, dass vielleicht auch das Land Projektfördermittel mehr auf die Kommunen zuspießt. Wie gesagt, wir tragen das Projekt daher auf jeden Fall weiter.

Stadträtin Melchien (SPD): Die Debatte zur Beschlussvorlage dient auch aus unserer Sicht nicht zur Diskussion, ob wir der vorgeschlagenen Projektverlängerung zustimmen. Die ist selbstverständlich, die ist unumgänglich und dringend geboten. Gerne schon früher, spätestens aber nach Ablauf dieser Zeit, müssen wir uns der Frage stellen, inwieweit und vor allem in welcher Höhe dauerhaft für die Umsetzung unseres kommunalen Konzepts zur Istanbul-Konvention Personal im Gleichstellungsbüro notwendig ist. Es ist in der Anlage sehr klar geschrieben, diese Koordinierung ist eine Daueraufgabe. Es ist ein wichtiges und verpflichtendes Feld kommunalpolitischen Handelns, der Schutz von Frauen vor Gewalt.

Ich möchte allen danken und die Chance nutzen, meinen Dank auszusprechen. Sehr viele, die an dem vorliegenden Bericht mitgearbeitet haben, waren selbstverständlich federführend im Gleichstellungsbüro. Alle Beteiligten werden weiter ihre Arbeit fortsetzen. Es wurde bereits angesprochen, dass die Istanbul-Konvention tatsächlich alle Bereiche gegen jegliche Form geschlechtsspezifischer Gewalt vorsieht.

Das ist jetzt ein erster Zwischenbericht. Der zeigt auch aus unserer Sicht, dass wir ein gutes und differenziertes Hilfesystem haben. Er zeigt aber auch genauso, dass auch wir Nachbesserungs- und Entwicklungsbedarfe haben und deswegen auch daraus ein nötiger, gebotener Ausbaube-

darf folgt. Ich möchte hier nur beispielsweise die Anpassung der Frauenhausplätze, aber auch die Anpassung des Beratungsangebots, vor allem was weitere Gewaltformen betrifft, wie beispielsweise auch die genannte digitale Gewalt ansprechen. Wir freuen uns, dass jetzt spätestens klar ist, dass alle staatlichen Ebenen gefordert sind, werden aber auch weiterhin unsere kommunale Verantwortung übernehmen und uns weiterhin tatkräftig dafür einsetzen, dass hier ein Vorankommen ist in unserer Arbeit, in unserem Bemühen.

Was vonseiten der Verwaltung nun folgen muss, sind neben der Weiterentwicklung des Konzepts, das bereits jetzt in der Beschlussvorlage vorgesehen ist, die angekündigten Beschlussvorlagen. Wir als SPD-Fraktion werden gerne unseren Teil dazu beitragen, die bestehenden Beratungs- und Hilfsangebote den Bedarfen entsprechend anzupassen und weiterhin Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen.

Stadtrat Jooß (FDP): Zuerst vielen Dank für die Vorlage, die sehr umfangreich war. Es gibt natürlich auch hier viel zu tun. Wir sind nämlich noch lange nicht am Ziel mit der Istanbul-Konvention. Es ist erst der Anfang hier gemacht. Es gibt noch viel zu tun und wesentlich viel Luft nach oben. Deshalb stimmen wir der Projektverlängerung heute sehr gerne zu.

Frau Dogan hat es schon gesagt, gerade jetzt lässt Corona wieder grüßen in dieser Zeit, deswegen ist es umso wichtiger, dass wir am Ball bleiben. Deswegen stimmen wir der Vorlage zu.

Stadträtin Ansin (KAL/Die PARTEI): Uns liegen 34 Seiten mit detaillierten Fakten vor. Danke dafür an die Verwaltung, an die Projektstelle, die zur Umsetzung der Istanbul-Konvention gegen Gewalt an Frauen eingerichtet wurde. Nicht zuletzt auch aufgrund unseres Antrags vom September 2019. Im Redebeitrag zu diesem Antrag haben wir bereits darauf hingewiesen, dass in Karlsruhe schon vieles installiert ist, damit Frauen, die Gewalt erleben oder von Gewalt bedroht sind, Beratung und Schutz erhalten, und dass uns die Sicherung und der Ausbau dieser Institution und Beratungsstellen wichtig ist. Der vorliegende Beschlussvorschlag der Verwaltung zielt nun darauf ab, die Unterstützung der bestehenden Hilfs- und Beratungsangebote für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, fortzusetzen. Das ist gut, aber das ist nicht genug.

Die Verwaltung hat klar und deutlich aufgezählt, in welchen Bereichen Bedarfe zu finden sind. Ich habe keinen Bereich gefunden, der keinen Bedarf hat: mehr Personal für die verschiedenen Beratungsstellen, mehr Frauenhausplätze, eine bessere Absicherung der Schutzhäuser, tarifliche Entlohnung der Mitarbeiterinnen, Ausbau der Präventions- und Vernetzungsarbeit, um nur einiges zu nennen. Die Sicherung der bestehenden Angebote reicht nicht. Längerfristig müssen Bedarfe gedeckt werden, mit erstens mehr Personal, zweitens sicheren finanziellen Mitteln, drittens Unterstützung bei der Wahrung des Bestandes bzw. Verbesserung. Bei der nächsten Haushaltsberatung werden wir mit Sicherheit mit Anträgen aus diesem Bereich zu tun haben. Meine Partei und meine Fraktion wird keinem der Antragstellerinnen ihre Unterstützung verweigern.

Stadträtin Fenrich (AfD): Eigentlich ist es für eine zivilisierte Gesellschaft mehr als beschämend, dass Gewalt gegen das schwache Geschlecht immer noch stattfindet. So ist es als sehr positiv zu begrüßen, dass die Bundesrepublik Deutschland vor ca. dreieinhalb Jahren dieser Konvention beigetreten ist. Andere Länder steigen wieder aus, das gehört allerdings jetzt nicht in die Stadtpolitik. Es ist also sehr positiv zu begrüßen und es ist in der Form oder in der Art eines Bundesgesetzes, kein formelles Bundesgesetz, aber quasi wie ein Bundesgesetz zu behandeln. Die

Kommunen stehen hier ganz vorne, tätig zu werden, das ist auch klar. Die Aufgabenverlagerung ist an die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Meister, übertragen worden, die das sehr engagiert in die Hand genommen hat, mit Hilfe einer Teilkraft. Dafür unser ausdrücklicher Dank an Frau Meister. Diese Aufgaben müssen wir weiterhin sehr ernst nehmen und sehr gut erledigen. Die Stadt ist somit auf einem guten Weg.

Jetzt komme ich zum eigentlichen Problem, die Finanzierung. Es ist an sich eine Schande, dass es eine Art Bundesgesetz ist, die Bundesrepublik hier in die Bresche springt und die Kommunen alleine lässt. Das kann und darf nicht sein. Der Bund ist hier in der Pflicht. Er hat für die entsprechenden Finanzmittel zu sorgen. Es ist zwar erwähnenswert, dass die Stadt im letzten Haushalt ca. 25 Prozent mehr Ausgaben für soziale Träger ausgegeben oder bewilligt hat, die im Bereich der Beratung tätig werden. Das ist sehr löblich. Ich würde mir wünschen, dass für die Karlsruher Frauen, für unsere Bürgerinnen, das an vorderster Stelle steht, dass man hier was gegen Gewalt tut. Wir haben so viele Anträge durchgehen lassen, die auch freiwillige Leistungen betreffen. Wenn ich an LGBTQI denke, das haben wir gemacht. Das kann man für richtig oder falsch halten, das kann man diskutieren. Aber wir haben unsere Bürgerinnen vernachlässigt, und das ist eben nicht zu tolerieren. Unsere Bürgerinnen haben ein Recht darauf, dass sie gewaltfrei leben können, und dass sie entsprechende kommunale Hilfe in Anspruch nehmen können.

Die Kommunen können das natürlich auf Dauer nicht schultern und daher appelliere ich an Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, alles zu unternehmen, vielleicht im Wege der Zusammenarbeit oder der Kontaktaufnahme mit dem Städtetag oder Städte- und Gemeindetag, dass dieser bestrebt ist, Finanzmittel beim Bund locker zu machen. Das muss sein, dazu haben Sie die Pflicht. Den Beschluss tragen wir selbstverständlich mit.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Zunächst einmal, wir sind ein sehr starkes Geschlecht. Ich meine, dass der Kampf gegen Frauen schon so laut geworden ist, kann man nur als ein Zeichen unserer Stärke werten. Dann noch - diese Bemerkung sei mir gegönnt -, der Kampf gegen Gewalt gegen queere Menschen und der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen gehören wirklich untrennbar zusammen. Denn die Quelle ist beides Mal die gleiche Form von Menschenhass. Aber die Corona-Pandemie mit der dabei verbundenen Aufforderung #stayathome hat deutlich gemacht, dass nicht für alle zu Hause bleiben gleich Sicherheit bedeutet. Denn Gewalt gegen Frauen geht überwiegend, das wurde hier schon viel gesagt, von ihrem nahen Umfeld aus, und dass der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen eben kein nice-to-have ist, haben hier viele deutlich gemacht. Es muss eine Pflichtaufgabe sein. Das wurde hier auch schon angesprochen. Wir haben das auch als Gemeinderat bekräftigt, indem wir in dieser Legislaturperiode uns selbst verpflichtet haben, dass das bisherige Niveau der Hilfen für Betroffene und aber auch für Täter*innenberatung mindestens beizubehalten ist.

Die Istanbul-Konvention, welche alle staatlichen Ebenen, auch uns als Kommunen, auffordert, Gewalt gegen Frauen effektiv zu bekämpfen, gibt uns natürlich deutlich Recht. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch die nun vorliegende Bestands- und Bedarfsermittlung. Sie zeigt auf der einen Seite, dass wir in Karlsruhe hinsichtlich häuslicher Gewalt schon sehr gut aufgestellt sind. Es geht aber noch um mehr, denn die Ermittlung zeigt auch Handlungsbedarfe. Hier wurde schon viel von meinen Vorrednerinnen angesprochen, aber es geht natürlich zum Beispiel um die Anzahl der Frauenhausplätze, auch besonders Frauenhausplätze für Mütter mit Söhnen, die älter sind als 12 Jahre. Auch die Tariftreue bei der Bezahlung der Beraterinnen bleibt natürlich eine Baustelle.

Ich bin gespannt, was die Weiterführung der Evaluation ergibt und stimme der Stelle sehr gerne zu. Das sollte man wirklich nicht unter Haushaltsvorbehalt stellen. Das tut auch die Verwaltung nicht. Ich finde es sehr amüsant, wie hier in der Vorlage mit Textbausteinen jongliert wird. Zitat, alle Vorlagen natürlich wieder: Stadt kann keine zusätzlichen freiwilligen Leistungen übernehmen, dann direkt im nächsten Satz: Dennoch empfiehlt die Stadtverwaltung... Ich glaube, dieser Empfehlung kann man sich mit voller Begeisterung anschließen. Gewalt gegen Frauen, nur weil sie Frauen sind, muss endlich einer düsteren Vergangenheit angehören.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): In Anbetracht meiner etwas lädierten Stimme möchte ich nicht noch einmal die guten und sehr guten Argumente meiner Vorrednerinnen und meines Vorredners wiederholen. Ich möchte nur noch zwei Punkte hinzufügen. Zum einen, Gewalt, egal in welcher Form und egal gegen wen, ist zu verurteilen. Ich möchte nicht irgendwelche Gruppen gegeneinander ausspielen. Es gehört nicht in unsere Gesellschaft und nicht unter uns Menschen. Der Punkt 2 ist, ich freue mich auch über die Beschlussvorlage und ganz besonders, dass wir in Karlsruhe auch eine Art Leuchtturm sind, was das betrifft, und dass der Zusammenhalt hier im Gemeinderat doch recht groß zu sein scheint.

Was mich immer wieder verblüfft, wenn man draußen mit Bürgern spricht, dann denkt man, Gewalt gegen Frauen ist etwas aus dem vorigen Jahrhundert. Gerade die letzten Monate haben uns gezeigt, wenn man auf engem Raum zu Hause sitzt, wie schnell das Problem da ist in den Familien. Mich persönlich schockiert - ich hatte das auch schon im Umfeld -, wie lange Frauen bereit sind, zu schweigen. Es stellt sich die Frage, warum. Ist es aus wirtschaftlichen Gründen? Ist es wegen der Kinder? Ist es wegen der Reputation? Vermutlich eine Mischung aus allem und noch ein paar Gründe mehr.

Und deswegen möchte ich an Sie alle appellieren, wenn Ihnen was auffällt, wenn Sie was bemerken, auch wenn es nur einen Hauch von einem Anschein hat, bieten Sie Ihre Hilfe an, helfen Sie demjenigen, den Weg zu gehen. Es ist sicherlich nicht einfach für eine Frau mit Kindern in ein Frauenhaus zu gehen und dort Wochen oder Monate zuzubringen. Deswegen ist es ganz wichtig, vor allem für uns als gewählte Volksvertreter, wenn einem so was auffällt, das auf jeden Fall zu begleiten und zur Unterstützung auch zu ermutigen, aus diesem schlimmen Kreislauf auszubrechen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank für die Debatte. Wir kommen zur Abstimmung. – Das ist einstimmige Zustimmung. Eine schöne Beauftragung auf diesem Weg, weiter zu verfahren.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
15. Juli 2021